

# LINKS DER NEISSE



Digitale Bundesparteitag DIE LINKE - Foto: Martin Heinlein | Flickr.com | DIE LINKE  
Ende Februar fand endlich der 7. Bundesparteitag statt - anders als bisher - und nicht nur weil wir jetzt zwei neue Vorsitzende haben. *mehr dazu auf Seite 5*

zehnte Jahre nach Fukushima: [www.dielinke-sachsen.de](http://www.dielinke-sachsen.de)

## Atomlobby in die Schranken weisen!

Atomkraft bleibt eine gefährliche, schmutzige und unwirtschaftliche Art der Energiegewinnung, die letztlich nur die Kassen einiger Konzerne füllt.

*mehr dazu auf Seite 7*

**Zeit zu handeln.**  
**Für soziale Sicherheit,  
Frieden und  
Klimagerechtigkeit!**

Der Entwurf des Wahlprogramms liegt vor: LINKE Konzepte und Vorschläge, wie wir eine gute und gerechte Zukunft für alle erreichen. In den kommenden Wochen wird der Entwurf diskutiert. Eine kurze Zusammenfassung zum Programmentwurf und zu unserer eigenen Kreiswahlstrategie findet ihr in dieser Links der Neisse. *mehr dazu auf Seite 2 & 3*

## FREEDOM FOR PABLO HASÉL AND ALL OTHER IMPRISONED ARTISTS!

A COLLECTIVE STATEMENT BY

- mladzi razem
- KSCM MLADI KOMUNISTI
- links jugend solid!
- JOVENT Republica
- DIELINKE SDS
- G\* C GIOVANI COMUNISTI
- OGRA
- SYPIZA
- SU
- LEO UNION DES ETUDIANTS COMMUNISTES
- IKC

*mehr dazu auf Seite 4*

**Inhalt:**

Editorial	S. 2
Europäische Linke	S. 4
Bundespolitik	S. 5
Sachsens Linke	S. 6
Aus dem Kreisverband	S. 8
DIE LINKE. vor Ort	S. 10
Forum & Diskussion	S. 12

08.04. & 13.05. | 19:00 Uhr | Online

### Virtueller Stammtisch

auf BigBlueButton

**Fahrplan zur Bundestagswahl**

10.4.	Beschluss des Bundestagswahlprogramm-entwurfs durch den Parteivorstand
12.4.	Präsentation des Entwurfs mit bereits nominierten Kandidat*innen
16.4.	Kreisvorsitzenden- und Aktionskonferenz
22.4.	Der Wahlprogramm-Entwurf wird als Leitantrag veröffentlicht. Beginn Antragsverfahren
24.4.	Landesvertreter:innenversammlung Sachsen
2.o.3.6.	Antragsschluss für Änderungsanträge an das BTW-Programm
19.6.	Bundesparteitag zur Verabschiedung des Wahlprogrammes
Juli	Präsentation der Kampagne
26.9.	Bundestagswahl

## Zeit zu handeln - für soziale Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit - das Wahlprogramm der LINKEN zur Bundestagswahl 2021

Am 26. September 2021 wird ein neuer Bundestag gewählt. Am 8. Februar stellten Katja Kipping und Bernd Riexinger den Entwurf des Wahlprogramms vor, der bis 22. April diskutiert und auf dem Bundesparteitag am 19. und 20. Juni verbindlich beschlossen werden soll. Im jetzigen Bundestag ist DIE LINKE mit 69 Abgeordneten vertreten, darunter sechs aus Sachsen. Es sollte unser Ziel sein, die Wähler\*innen zu überzeugen, dass DIE LINKE ihre berechtigten Interessen nur vertreten kann, wenn sie mit einem starken Ergebnis wieder gewählt wird. Deshalb sollte unser Wahlprogramm die aktuellen Probleme aufgreifen und machbare, linke Lösungen anbieten.

Das Wahlprogramm steht unter dem Motto: Zeit zu handeln – für soziale Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit. Die gegenwärtige Corona-Krise hat gezeigt, dass der Markt nicht in der Lage ist, die Herausforderungen und sozialen Verwerfungen einer Pandemie zu regeln. Unser Ziel ist eine Zukunft von Solidarität, sozialer Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit. So gliedert sich das Programm in verschiedene Schwerpunkte mit diesen Kernaussagen:

### **Gute Rente – Sicherheit im Alter:**

- Anhebung des Rentenniveaus auf 53%, Renteneintritt abschlagsfrei spätestens mit 65 Jahren
- Solidarische Erwerbstätigenversicherung – alle zahlen ein
- Solidarische Mindestrente von 1.200 €

### **Demokratischer Sozialstaat:**

- Solidarische Mindestrente von 1.200 €
- Garantiertes Mindesteinkommen und sanktionsfreie Mindestsicherung von 1.200 €
- Arbeitslosengeld Plus (58% vom Nettolohn)
- Kindergrundsicherung

### **Pflegenotstand stoppen :**

- 200.000 Pflegekräfte mehr bei 500 € mehr Grundgehalt
- Krankenhaus- und Pflegekonzerne in öffentliche Hand überführen
- Solidarische Gesundheitsversicherung – alle zahlen ein
- Solidarische Pflegevollversicherung
- Eigenanteile abschaffen

### **In die Beschäftigten investieren:**

- Weiterbildungsprogramm für den sozial-ökologischen Umbau
- Transformations- Weiterqualifizierungsgeld in Höhe von 90% des Lohns

### **Nein zum Krieg:**

- Abrüstung statt 2%-Ziel der NATO
- Rüstungsexporte stoppen
- Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr
- Entspannungspolitik und Konflikt-Prävention statt Militarisierung der Außenpolitik

### **Gute Bildung für jedes Kind:**

- 100.000 zusätzliche Lehrkräfte an den Schulen und 200.000 zusätzliche Erzieher\*innen
- Investitionsoffensive für Schulbau, Turnhallen und Schwimmunterricht
- Eine Schule für alle – Gemeinschaftsschule, Bildung von der Kita bis zur Uni – gebührenfrei

### **Wirtschaft ökologisch umbauen:**

- In klimagerechte und sinnvolle Arbeit investieren (Automobilindustrie umbauen, erneuerbare Energiewende)
- Arbeitsplätze mit Zukunft sichern: Transformationsfonds über 20 Milliarden € p.J.
- Mehr Demokratie in der Wirtschaft

### **Arbeit, die zum Leben passt:**

- Mindestlohn auf 13 Euro anheben
- Gute Arbeit – Leiharbeit und sachgrundlose Befristungen abschaffen
- Neues Normalarbeitsverhältnis: 30-Stunden-Woche bei 4 Arbeitstagen mit Lohnausgleich

### **Mieten deckeln:**

- Mietestopp und Mieten wirksam deckeln
- Wohnungsbau stärken
- Rekommunalisierungsfonds

### **Energiewende jetzt:**

- Klima retten – Investitionsoffensive für CO2-freie und klimaneutrale Wirtschaft und Infrastruktur bis spätestens 2040
- Ausstieg aus der Kohle bis 2030
- Strom- und Wärmenetze in öffentliche Hand
- Kosten für den Atomausstieg müssen die Atom-Konzerne tragen

**Verkehrswende organisieren:**

- Mobilitätsgarantie – flächendeckender, barrierefreier ÖPNV – kostenloser Nahverkehr
- Mobilitätsrevolution: 38 Mrd. pro Jahr für ÖPNV, Radwege, Bahn und Stadtumbau
- Kurzstreckenflüge auf die Schiene bringen

**Mit Steuern umsteuern:**

- Kleine und mittlere Einkommen entlasten – Steuerfreibetrag auf 14.400 € pro Jahr anheben
- Kosten der Krise gerecht verteilen: Vermögensabgabe auf Vermögen oberhalb von 2 Millionen Euro
- Vermögenssteuer von 5 % auf Vermögen oberhalb von 1 Millionen Euro
- Steuerpflicht für Digitalkonzerne

**Kein Mensch ist illegal:**

- Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse unabhängig von Beschäftigungsdauer und Anerkennung der Qualifikationen von Nicht-EU-Bürgert\*innen
- Legalisierung für Menschen ohne Aufenthaltsstatus und effektive Bleiberechtsregelungen
- Abschiebungen lehnen wir ab

**Gerechtigkeit Ost und West:**

- Gleiche Renten für gleiche Lebensleistung, Lohn-Gefälle überwinden
- Stärkung kommunaler Wirtschaft
- Strukturwandel nicht über die Köpfe der Menschen – Transformationsräte schaffen
- Bauernland gehört nicht in Investorenhand

**Unsere Kreiswahlstrategie - Zusammengefasst**

Auf Vorschlag unseres Kreisgeschäftsführers Marko Schmidt haben wir uns schon beizeiten mit einer Wahlstrategie für unseren Landkreis auseinandergesetzt. Marko hatte dann auch gleich den Aufschlag verfasst und im Januar diskutierten wir unter reger Teilnahme per Videokonferenz die einzelnen Bereiche.

Neben der für den Wahlkampf schwierigen, Corona-Pandemie-bedingten Ausgangssituation haben wir uns auch über unsere Einordnung ins Mitbewerberfeld Gedanken gemacht. Nach 16 Jahren Angela Merkel und CDU-geführter Regierung geht keine Partei mit einem Amtsbonus ins Rennen. Viele meinen, die Messen für schwarz-grün sind schon gesungen. Doch auch unsere neue Parteispitze – erstmalig zwei Frauen! – sagt deutlich: „CDU, raus aus der Regierung!“ Das wird nur klappen, wenn wir zweistellige Prozentzahlen erreichen.

Doch DIE LINKE schwächelt arg seit dem Superwahljahr 2019. Umso wichtiger, dass die alten Streitigkeiten aufgelöst werden und wir mit neuem Spitzenpersonal uns auf unsere Kernthemen konzentrieren:

- gute Arbeit, faire Löhne - insbesondere im Pflegebereich!
- friedliche Außenpolitik, Waffen- und Rüstungsexporte stoppen!
- Wirtschaftliche (Mindesteinkommen garantieren) und soziale Sicherheit (bezahlbarer Strom, Miete, Kranken- und Rentenversicherung, ÖPNV)
- Klimaschutz geht nur sozial gerecht!
- Reichtum stärker besteuern - oder wer bezahlt die Krise?!
- Antifaschismus, Demokratie und Solidarität statt Ausgrenzung

Wir kämpfen um jede Stimme! In unserem Landkreis kämpfen wir aber vor allem um die Zweitstimme! Um das Direktmandat streiten sich die Konservativen mit den Rechtsextremen. Umso wichtiger, dass wir deutlich machen: Ein Politikwechsel auf Bundesebene wird nur durch uns möglich! Unsere Forderungen verbessern schließlich das Leben der großen Mehrheit der Bevölkerung.

Zu unseren besonderen Zielgruppen gehören Beschäftigte, kleine Selbstständige und gewerkschaftlich Aktive, besonders im Bereich der (personennahen) Dienstleistungsbereiche und in den von Corona (Kultur, Tourismus und Gastronomie, aber genauso auch die Pflegeberufe) und der Transformation besonders betroffenen Bereiche wie der Braunkohle-Industrie. Die besondere Lage der Frauen in personennahen Dienstleistungen wird von uns gezielt thematisiert. Frauen (auch in ihren besonderen Lebenslagen z.B. als Alleinerziehende) sind insgesamt eine wichtige Zielgruppe für uns. Viele, auch Menschen mit durchschnittlichem Einkommen, leiden unter den Gerechtigkeitslücken und Zukunftsängsten, verstärkt von der Corona-Krise.

Für die nächsten Monate heißt es für uns LINKE: Geschlossen unsere Kernthemen nach vorne bringen! Die Corona-Krise ist für uns eine politische Chance, Gerechtigkeitsfragen erneut zu stellen – und mit unseren Vorstellungen zu beantworten!

*Antonia Mertsching*

**Wahlstrategie**



## Kuba im Jahr 2021

Mit Beginn des Jahres hat für die kubanische Wirtschaft die Stunde null geschlagen. Am 1. Januar trat die neue Währungsreform in Kraft. Nach mehr als 25 Jahren kehrte der sozialistische Staat zu einer einzigen Landeswährung zurück. Mit der Abwertung des Pesos im Staatssektor hat sich am Stichtag das gesamte Lohn- und Preisgefüge auf der Insel verändert, mit Folgen für Haushalte und Unternehmen. Es wird damit gerechnet, dass jedes 4. Unternehmen in finanzielle Schieflage geraten wird. Als Unterstützung wird für diese Firmen ein Schuldenschnitt gestartet und ein Fonds in Höhe von 18 Milliarden Pesos aufgelegt. Mit mehr Eigenverantwortung und weniger Planwirtschaft will man erreichen, dass schwarze Zahlen geschrieben werden. Viele Aspekte der Neuordnung erinnern an das „Neue Ökonomische System“ von W. Ulbricht. Kuba verspricht sich dadurch mehr Innovation. Mit dem 1. Januar ist nicht nur der CUC (die konvertible Währung) verschwunden, sondern der Peso (nationale Währung) erhielt zum ersten Mal einen einheitlichen Wechselkurs von 24:1 zum US-Dollar, welcher auch für die gesamte Volkswirtschaft gilt. Durch diese starke Abwertung haben sich die Kosten für die Staatsunternehmen drastisch erhöht, was sich zwangsläufig auf den Groß- und Einzelhandel niederschlägt.

Um die Preissteigerungen abzufangen erarbeitete die Regierung eine Lohn-, Preis- und Subventionsreform. Um die Preissteigerungen abzufangen gibt es seit Jahresbeginn einen allgemeingültigen Mindestlohn in Höhe von 1.200 (ca. 72€) Peso. Aber auch die anderen Gehaltsgruppen werden angehoben. Dieser steigt von 879 auf 3.838 Peso, umgerechnet von 30€ auf 130€. Zu diesem Thema wäre noch viel zu sagen, aber es gibt auch andere Bereiche, denen unsere Aufmerksamkeit gewidmet werden sollte. Kuba wurde durch Trump noch einmal hart getroffen. Eine seiner letzten Entscheidungen war, Kuba auf die Liste der Staaten zu setzen, die den Terror in der Welt unterstützen. Aber auch die Entscheidung, Kuba von jeglichen Devisen abzuschneiden trifft das Land hart. Der US-Finanzdienstleister Western Union kann seine über 400 Filialen auf Kuba schließen. Das bedeutet, dass viele Kubaner kein Geld von ihren Verwandten aus den USA mehr erhalten. Im Durchschnitt waren das über 2 Millionen Dollar im Monat. Geld, was Kuba dringend zur Bekämpfung der Coronapandemie benötigt.

Diese Zuwendungen der Verwandten in den USA haben auch einen negativen Beigeschmack. 64% der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter gehen einer offiziellen Beschäftigung nach. Ein Teil der nicht arbeitenden Menschen lebt von den Überweisungen aus dem Ausland.

Nach wie vor werden einige Produkte für den Lebensunterhalt subventioniert. Das soll in Zukunft verändert werden, in dem Personen subventioniert werden. Arbeit soll wieder zur Haupteinkommensquelle gemacht werden.

Zurzeit wird in Kuba an drei Impfstoffen gegen die Pandemie gearbeitet und ein Nasenspray zur Verhinderung einer Infektion. Eine Vereinbarung mit dem Iran gibt Kuba die Möglichkeit den Impfstoff Soberana im Iran zu testen. Der Grund ist, dass Kuba verhältnismäßig wenige Infektionen zu verzeichnen hat. Nach Zulassung eines Impfstoffes soll dieser in großer Menge produziert werden, damit die Bevölkerung durchgeimpft werden kann. Ab Sommer soll es für Touristen möglich sein, eine Impfung zu erhalten. Venezuela und Kuba arbeiten an einer Alba-Impfstoffbank für die Länder der Bolivarischen Allianz.

Aber alles in Allem, Kuba hat seit der Sonderperiode die schwierigsten ökonomischen und finanziellen Probleme zu bewältigen. 2020 gab es einen Einbruch beim BIP von 11%. Die Deviseneinnahmen schrumpften um 50% und damit die Importe um 40%. Hauptgrund sind die immer mehr verschärften Sanktionen der USA, dazu dann noch Covid 19. Für uns Internationalisten heißt das, üben wir weiter Solidarität unter dem Motto: „Das sozialistische Kuba muss überleben.“

*Wolfgang Böttger (CubaSi)*

## Freiheit für Pablo Hasél und alle anderen Künstler:innen

**Am 16. Februar wurde der katalanische Rapper Pablo Hasél von der Polizei in Lleida, Katalonien, verhaftet. Er schloss sich gemeinsam mit vielen mit ihm solidarisierten Menschen in der städtischen Universität ein - daraufhin wurde er von der Polizei verhaftet und ins Gefängnis geschickt.**

Er war aufgrund eines monarchiekritischen Liedes und mehrerer Tweets verurteilt, die er zwischen 2014 und 2018 verfasst hatte. 2018 wurde Hasél zu einer zweijährigen Haft- und einer fast 30.000€ Geldstrafe verurteilt, nachdem das höchste spanische Strafgericht geurteilt hatte, dass seine Texte und Kommentare über die Grenzen der Redefreiheit hinausgingen und als „Hass und Angriffe auf die Ehre“ angesehen

wurden. Hasél hatte den ehemaligen spanischen König Juan Carlos als „betrunkenen Tyrannen“ bezeichnet und der Gerichtshof stellte fest, dass dies ein „direkter und persönlicher Angriff auf das Königshaus und seiner Mitglieder in rücksichtsloser Weise“ darstellte. Die Beleidigung der Monarchie wird in Spanien als Verbrechen angesehen. Außerdem war das Gericht der Ansicht, dass Hasél terroristische Gruppen gelobt und die nationale Polizei als „Mörder“ bezeichnet hatte.

Der Versuch, unter anderem der „Republikanischen Partei Kataloniens“ (ERC), Straftaten gegen die Monarchie strafzubefreien und Gesetze abzuschaffen, die die Meinungsfreiheit einschränken, scheiterten an der PSOE (Sozialdemokratische Partei Spanien).

Die Koalition aus Isquierda Unida und

Podemos fordert weiterhin eine Strafbefreiung von „Angriffen auf die Monarchie“ durch den Kongress und einen Freispruch für Pablo Hasél.

Dieser Angriff auf die Meinungsfreiheit ist nicht der erste, derzeit sind 14 weitere Künstler:innen inhaftiert und einer lebt in Brüssel im Exil.

Dies geschieht, während am 13. Februar Neonazis auf den Straßen von Madrid marschieren durften, die der „Blauen Division“ gedachten - einer französisch-spanischen Freiwilligeneinheit, die im 2. Weltkrieg auf Seiten des Deutschen Reichs kämpfte.

Die Meinungsfreiheit muss garantiert werden und Angriffe darauf (auch von staatlicher Seite) dürfen nicht toleriert werden - dies fordern die Jugendorganisationen der europäischen Linken.

*Mathias Fröck*

## Der 7. Parteitag der Partei DIE LINKE Der erste Parteitag nicht vor Ort, sondern Online vor dem Computer

Der Vorteil, nicht fahren zu müssen, wiegt nicht auf, dass man nicht persönlich mit Genoss\*innen aus anderen Verbänden Erfahrungen tauschen kann, oder dass man nicht mal schnell den Nachbarn fragen kann, wenn es im Antrags- oder Abstimmungswust etwas komplizierter wird. Aber die Entscheidung für den ersten Digitalparteitag wurde von der Pandemie diktiert und die Umsetzung verlangte einige Kompromisse in der Parteitagsregie. So konnten Fragen an Kandidat\*innen nur vorher schriftlich eingereicht werden und die Antworten bekamen nicht alle. Das machte die Entscheidung vor dem Computer für manche noch schwerer. Technisch jedoch wurde der Parteitag hervorragend abgesichert und medial klasse aufbereitet: Vor Beginn der zwei Beratungstage und in Pausen unterhielt ein Moderatorenteam Delegierte und Gäste mit informativen Filmbeiträgen oder Interviews. Für das besondere Flair sorgten auch regelmäßige Schaltungen in die Pommesbude zweier Kreuzberger Travesti-Künstler, die den Parteitag mit viel Witz kommentierten.

Die Kulisse zur Verabschiedung von Katja Kipping und Bernd Rixinger nach über acht Jahren Arbeit an der Parteispitze war dann dem Format geschuldet doch etwas mager, wenn auch herzlich und mit entsprechenden Dankesworten.

Mit Spannung wurden die Vorstellungen der Bewerber\*innen für den Parteivorsitz erwartet.

Die Vorsitzende der linken Landtagsfraktion in Hessen, Janine Wissler, konzentrierte sich in ihrer Rede auf die vielen Beschäftigten, die schufteten und dennoch kaum von der Stelle kommen und für die Leistungsgerechtigkeit ein Fremdwort ist und forderte abschließend: Wir werden uns damit nie zufriedengeben. Wir wollen unsere Gesellschaft grundlegend ändern. Wir wollen den demokratischen Sozialismus, keine Aufrüstung und keine Auslandseinsätze. Wir wollen den sozialökologischen Umbau. Wir wollen kein weiteres Hanau, das muss das Ende des Terrors sein. Solidarität ist unteilbar. Die jetzigen Rechte waren auch einmal Utopien, wie:

Frauenwahlrecht, die Abschaffung der Sklaverei, der 8 Stunden Tag. Veränderungen sind möglich, wir können die Gesellschaft verändern!“ Diese Worte und ihre Taten im Hessischen Landtag brachten Janine 84,2% Zustimmung ein. Gratulation!

Danach trat Hennig Welsow ans Mikrofon und begann eine freie Rede. Sie tritt an, damit es den Menschen besser geht und sie will eine Gesellschaft, die genau das ermöglicht, nicht irgendwann, sondern jetzt.

Es braucht zur Zeit eine Partei DIE LINKE mehr als zuvor. Sie bittet, lasst uns nicht mehr warten, lasst uns die CDU/CSU aus der Bundesregierung vertreiben. Sie fragte, sind wir bereit für ein besseres öffentliches Gesundheitssystem, für Mindestsicherung, für den Stopp der Rüstungsexporte?

Dann lasst uns gemeinsam aufbrechen in eine neue Zeit.

Amira Mohamad Ali, Fraktionsvorsitzende im Bundestag, klagte in ihrer Rede die Profitgier der Konzerne an, der Millionen von Menschen gegenüberstehen, die trotz Arbeit arm sind. Niemand anderes als DIE LINKE prangert das an und fordert eine solidarische gerechte Politik. Wir sind die Stimme derer, denen zu wenig gedacht wird. Sie mahnte auch, wir müssen sorgsam und solidarisch mit uns umgehen. Wir sind die wichtige Kraft für soziale Gerechtigkeit in unserem Land. Wir sind Mitstreiter für unsere gemeinsame LINKE Sache, keine Gegner.

Für Amira gibt es 4 zentrale Punkte für das Superwahljahr:

1. Wir müssen für eine starke Linke im nächsten Bundestag kämpfen. Das Land braucht einen echten Politikwechsel. Davon müssen wir die Menschen überzeugen.

2. Unsere wichtigen friedenspolitischen Positionen dürfen wir nicht zur Disposition stellen.

Wir vertreten in der Friedenspolitik die Meinung der Mehrheit der Bevölkerung. Unsere klare Position: Kein Krieg! Nirgends! Rüstungsexporte stoppen ohne

Wenn und Aber!

Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr!

3. Wir sind die soziale Stimme, wir müssen für die Menschen und auf Augenhöhe mit ihnen sprechen.

4. Wir dürfen das Thema Ökologie und Klimaschutz nicht allein den Grünen überlassen. Es geht um nicht weniger als um den Erhalt unseres Planeten. Aber wir müssen das Soziale im Ökologischen stärken. Dafür braucht es die LINKE, denn niemand darf unter die Räder kommen!“

Am Ende des Parteitages haben die Delegierten einen Leitantrag beschlossen, der zeigt, dass den meisten die Friedenspositionen und soziale Themen wichtig sind, und haben einen neuen Vorstand gewählt, der diese Positionen vertreten will.

Nichts geht ohne die soziale Frage. Vorwärts in eine solidarische, gerechte, friedliche Zukunft.

*Heike Krahl*



Die aktuelle Wahlperiode des am 24. September 2017 konstituierten Bundestages neigt sich mitten in der weltweiten Pandemie dem regulären Ende zu. Das Land und auch DIE LINKE blickt trotz Corona-Krise auf das Wahljahr 2021, an deren Spitze neben sechs Landtagswahlen, die Bundestagswahl am 26. September steht. Für unsere sächsischen Bundestagsabgeordneten der Linksfraktion ist dies Grund genug, auf die zurückliegenden knapp dreieinhalb Jahre ihrer aktuellen Amtszeit zu blicken. Auf der Website der Landesgruppe Sachsen DIE LINKE. Im Bundestag findet ihr die Broschüre „Bilanz aus dem Bundestag“ zum Download unter: <https://gleft.de/4b7>



*Sebastian Schwalbe*



Antonia Mertsching, Quelle: DIE LINKE. Sachsen

**Derzeit wird die Geschäftsordnung und Besetzung der Regionalen Begleitausschüsse in den beiden sächsischen Kohlerevieren diskutiert. Die Linksfraktion fordert, dass vielfältige lokale Akteure vor Ort transparent entscheiden, welche Projekte die Fördermittel bekommen. Darauf zielt der aktuelle Landtags-Antrag**

## Entscheidungen über Strukturwandel-Fördermittel für die Regionen müssen in den Regionen getroffen werden.

**„Regionale Begleitausschüsse (RBA) vielfältig und repräsentativ besetzen – Mitspracherechte und Gestaltungsmöglichkeiten im Strukturwandel stärken!“ (Drucksache 7/5439).**

Dazu sagt Antonia Mertsching, Lausitzer Landtagsabgeordnete der Linksfraktion: „Die Regionalen Begleitausschüsse entscheiden in letzter Instanz, welche Projekte Fördergeld aus dem Strukturwandeltopf bekommen. Es liegt an ihrem Votum, welche Ideen aus der Region zuerst umgesetzt werden. Angesichts dieser hohen Bedeutung ist es notwendig, die Regionalen Begleitausschüsse vielfältig zu besetzen. Aus unserer Sicht sollten Wirtschaft, Gewerkschaften, Gleichstellung, Jugend, Wissenschaft, Umwelt- und Naturverbände, Kommunalräte sowie ausgeloste Bürgerinnen und Bürger vertreten sein. Alle Mitglie-

der sollten ein gleichwertiges Stimmrecht haben und öffentlich tagen. Dann ließe sich auch das Gesamtverfahren vereinfachen sowie eine Veto-Option der Staatsregierung überflüssig machen.

Nach unserer Auffassung soll der Regionale Begleitausschuss nicht nur über Fördermittel entscheiden, sondern sich auch mit Empfehlungen für die weitere Ausgestaltung des Strukturwandels einbringen und bei der Beteiligung der Bevölkerung von Anfang an mitsprechen. Die Regionen wurden in die bisherigen Entscheidungen zur Fördermittelvergabe und Geldverteilung zu wenig einbezogen. Oftmals verhandelten die Länder mit dem Bund. Das muss sich jetzt ändern. Akzeptanz für die Projekte des Strukturwandels wird nur erreicht, wenn die Zivilgesellschaft vor Ort beteiligt wird.“

Pressemitteilung MdL Antonia Mertsching

## Sachsen braucht ein soziales Vergabegesetz, auch um Unternehmen wie Damino Großschönau zu helfen

**Zu den wirtschaftlichen Problemen des Textilunternehmens Damino in Großschönau erklärt Antonia Mertsching:**

„Die spontane Kündigung von Maskenlieferungen in der Vergangenheit ist nur ein weiteres Beispiel für das fatale Einkaufsverhalten der Staatsregierung. Anstatt die Folgen für das Unternehmen in Großschönau zu beachten, bestellte man lieber billig in China und trug so zur Krise auch dieses Unternehmens bei. Dabei hat der Freistaat Milliarden-Kredite zur Bewältigung der Pandemie aufgenommen. Wie viel wurde denn auf Kosten der Beschäftigten in Großschönau eingespart? Ich hoffe, die Enttäuschung

der eigenen Landsleute war es wert! Dieser Fall zeigt einmal mehr: Sachsen braucht ein Vergabegesetz, das auf das wirtschaftlichste Angebot schaut – und das ist nicht immer das Billigste! Wir als Linksfraktion fordern seit mehreren Legislaturen, hier endlich nachzubessern. Der Freistaat muss mit gutem Beispiel vorangehen. Steuergeld sollte nur an Unternehmen fließen, die gute Arbeit leisten, ihre Beschäftigten anständig behandeln und nachhaltig wirtschaften! Vergabeentscheidungen sollen nicht länger allein vom Preis angebotener Leistungen abhängen, sondern auch von sozialen, umweltbezogenen oder innovativen Aspekten. Dazu zählen Tarif-treue und weitere Arbeitsbedingungen,

Umweltverträglichkeit, die ILO-Kernarbeitsnormen, Gleichstellung und Ausbildungsaktivität. Wir schlagen auch ein an den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder angelehntes Mindestentgelt und gezielte Mittelstandsförderung vor.

Was vom Freistaat gebraucht und in Sachsen produziert wird, muss auch hier eingekauft werden! Schließlich landet das Geld in den Taschen der eigenen Bevölkerung und verhindert am Ende auch hohe Sozialausgleichszahlungen. Regionale Kreislaufwirtschaft nennt man das – es wird Zeit, dass der Freistaat sich endlich daran beteiligt!“

Pressemitteilung MdL Antonia Mertsching

**Das Reich der Freiheit beginnt in der Tat erst da, wo das Arbeiten, das durch Not und äußere Zweckmäßigkeit bestimmt ist, aufhört.**

Karl Marx (1818-1883)

Quelle: Marx, Das Kapital, (3 Bände) 1867 - 1894.  
III. Band: Der Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion.  
VII. Die Revenuen und ihre Quellen.



## Zum 10. Jahrestag der Reaktorkatastrophe von Fukushima: Atomlobby in die Schranken weisen - Frieden stärken!

**Am 11. März jährt sich zum zehnten Mal die Reaktorkatastrophe von Fukushima. Die Bundesrepublik Deutschland setzte daraufhin den bereits begonnenen und von der CDU-FDP-Regierung aufgeschobenen Atomausstieg wieder fort. Doch DIE LINKE. Sachsen warnt: Viele Lobbyverbände und Politiker\*innen werben wieder massiv für einen Atomkraftanstieg und damit indirekt auch für künftige Kriegseinsätze:**

Marco Böhme, MdL und Landessprecher der Ökologischen Plattform der LINKEN Sachsen: „Wir erleben gerade – 10 Jahre nach dem Jahrestag von Fukushima – wie Politiker\*innen der AfD, CDU und FDP im Bund und in Sachsen versuchen, ein Revival der Atomenergie zu initiieren. DIE LINKE lehnt diese gefährliche, schmutzige und unwirtschaftliche Art der Energiegewinnung ab. Fukus-

hima war ein böses Omen, stärker die Folgen unseres ungebremsten Energiehungers zu berücksichtigen. Der Atomausstieg ermöglichte überhaupt erst die Energiewende zu dezentralen und günstigen Erneuerbaren Energien, die sich am Strommarkt heute sehr gut behaupten können. Der Ausstieg aus der Kernenergie war daher auch der Beginn der Demokratisierung des Strommarkts in Deutschland.

Immer noch und weltweit ungeklärt ist auch die Entsorgung des Strahlenschlammes. Deutschlands bisher einziges „sicheres“ Endlager, die Asse 2, musste nach nur 30 Jahren aufgegeben werden. Jetzt wird in einem aufwändigen Verfahren nach neuen Langzeitlagern in Deutschland gesucht. Bisher steht nur eines fest: Kein Bundesland will hochgiftigen Atommüll bei sich einlagern, der Hunderttausende von Jahren vor sich hinstrahlen würde. Gefunden werden muss trotzdem der sicherste Standort und

das in einem demokratischen und öffentlichen Verfahren.“

Kathrin Kagelmann, stellv. Landesvorsitzende der Linken Sachsen fügt hinzu: „Außerdem: Der Ausstieg aus der Kernenergie macht diese Welt friedlicher, denn die Förderung von Uranerz für zivile Zwecke liefert zeitgleich das Material für Atomwaffen. Bekanntermaßen sind es vor allem geostrategische Ziele, wie die Sicherung des Zugriffs auf Erdöl-, Erdgas oder eben Uran, die die maßgeblichen Gründe für Kriegseinsätze auch der NATO liefern. Perfider Weise wird in diesen militärischen Konflikten seit dem Golfkrieg 1991 auch Uran-Munition eingesetzt, quasi als eine besonders menschenverachtende Form der Entsorgung von Atommüll. Deshalb war und ist die Anti-Atom-Bewegung immer auch eine Friedensbewegung, die wir als Linke mittragen und unterstützen.“

*PM Marco Böhme & Kathrin Kagelmann*

## Vorbericht zu einem nun schon stattgefundenen Kreistag

Am 31.03., also nach Redaktionsschluss und vor Auslieferung dieser Zeitung, hat, wie es ja jetzt korrekt heißen muss, der Kreistag getagt und er tat dies gleich im doppelten Sinn, im Besonderen. Zum einen fanden an diesem Tag zwei Sitzungen statt und zum anderen tagte der Kreistag in Hybridvariante. Die Kreisräte wie auch die Zuschauer hatten also die Möglichkeit, live vor Ort zu sein oder sich im Internet einzuklinken. Für die Kreisräte, welche sich entschieden haben, online dabei zu sein gab es natürlich die Möglichkeit dennoch an den Abstimmungen teilzunehmen, die moderne Technik macht es möglich und es ist auch gut so, dass Gesundheitsschutz und kommunale Interessenvertretung gemeinsam stattfinden. Auch wenn Pandemiezeiten zuerst einmal die Zeit der administrativen Ebene ist und Verordnungen und Handlungsempfehlungen zunächst nicht in der Hand des Kreistages liegen, so gibt es doch viele Dinge, die es zu entscheiden gilt und die nicht nur in die Eilverordnungskompetenz des Landrates und seiner Verwaltung gelegt werden sollen. Um dies dann auch zu tun setzte der Kreistag seine letzte



*Mirko Schultze, Bildnachweis: DIE LINKE. Sachsen* Sitzung, in der nicht alle Beschlüsse aufgerufen werden konnten, weil sich die Kreisräte wegen der Pandemie auf eine Höchstsitzungsdauer geeinigt hatten um 13 Uhr fort. Wichtigste Punkte waren die Geschäftsordnung und die Hauptsatzung und ein Antrag, den die LINKE gestellt hat und der beabsichtigte mehr minderjährige Geflüchtete aufzunehmen. Der Antrag stammt noch aus

einer Zeit als die Lager in Griechenland brannten. Wenn wir heute die Situation auf den griechischen Inseln oder dem Balkan betrachten, nichts an seiner humanitären Notwendigkeit verloren. Nach Beendigung der Sitzung, die bereits am 16.12.2020 begonnen hat und somit sicher ein Platz in den Anekdoten der Kreispolitik, findet begann die eigentlich reguläre Sitzung. Auch diese Sitzung hatte mit über 15 Tagesordnungspunkten und einer Fragestunde wieder ein reichlich gefülltes Abstimmungsprogramm. Aber am Anfang stand erst einmal ein für alle Fraktionsmitglieder emotionaler Punkt, der Kreistag verabschiedete Rainer Harbardt als langjährigen Kreisrat und berief seinen Nachfolger Bernd Jähne zum neuen Kreisrat. Die Fraktion der LINKEN bedankte sich bei Rainer für seine lange Tätigkeit und begrüßte Bernd Jähne in ihren Reihen. Danach ging es, nimmt man mal die Zustimmung zur neuen Berufsschulnetzplanung und die Fragestunde für Einwohner\*innen heraus nur noch ums Geld. Da der Landkreis noch keinen Haushalt hat, was auch daran liegt, dass Sachsen noch keinen Haus-

*Weiter geht es auf der nächsten Seite.*

halt hat und die Almosen, anders kann man das schon nicht mehr nennen, die der Landeshaushalt für seine Kommunen abzüglich der Pflichtaufgaben noch übrig lässt immer kleiner werden. Wir verbrauchen also mehr Geld als der Kreis einnimmt, keine schöne Sache aber die Ursachen liegen kaum im Kreistag. Es ging also um Vorgriffe im Bereich Soziales, für die Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest, für den Schulhausbau und die Digitalisierung und am Ende noch einmal um faire Löhne auch bei freien Trägern, die im Auftrag des Landkreises tätig sind. Wir hatten einen Antrag gestellt auch diesen die Möglichkeit einzuräumen Tariferhöhungen einzupreisen und wollten den Landrat beauftragen diese Dynamisierung in die Förderverträge mit aufzunehmen. Auch wenn bei der Haushaltssituation der Antrag zur Unzeit zu kommen scheint so ist doch das Gegenteil der Fall, gerade jetzt müssen wir die Tätigkeiten bei den freien Trägern attraktiv gestalten denn neben der gerechten Entlohnung, welche ja selbstverständlich sein sollte, kommt es auch darauf an, die Fachkräfte hier zu halten. Wir brauchen sie dringender denn je. Wenn ihr mehr über die Arbeit der Kreistagsfraktion wissen wollt oder Nachfragen habt, dann schreibt einfach, ruft an oder geht auf unsere Homepage. Für die Kreistagsfraktion wünschen wir uns: Bleibt alle gesund.

Mirko Schultze

**Newroz pîroz be!**

**Unsere Antwort: Solidarität mit den progressiven Kräften in der Türkei!**

www.mirko-schultze.de

## Positiver und selbstbewusster auf unsere Region schauen

Das wünscht sich die scheidende Geschäftsführerin des Trixi-Parks in Großschönau Frau Scheibe. Mit dieser trafen sich Mitglieder der Fraktion DIE LINKE im Kreistag Görlitz am 4. März 2021 um sich über die Herausforderungen in der heutigen Zeit auszutauschen.

Deutlich kritisierte die Geschäftsführerin die Überbürokratisierung in Deutschland, gerade bei der Beantragung der „Corona-Hilfen“. Nach ihrer Aussage gibt es keine klaren Aussagen, die Antragstellung sei selbst für versierte Wirtschaftsprüfer extrem kompliziert. Die Energie, die in der Beantragung verschwendet wird, kann nicht produktiv genutzt werden. Dies sei bedauernd für die Unternehmen, für unsere Region und letztendlich auch für das Land.

Positiv wurde die Rolle des Landkreises als Gesellschafter hervorgehoben. So hat dieser den Trixi-Park aktiv unterstützt, gerade in der Zeit des ersten Lockdown. Angebote, welche der Trixi-Park machte, wurden auch in der Corona Zeit angenommen. So konnte ein „Tapeetenwechsel“ genutzt werden, bedeutet raus aus dem heimischen Homeoffice, rein ins Büro-Hotelzimmer. Auch die Bundeswehr, welche in den Krankenhäusern aushalf, nutzte den Trixi-Park als Unterkunft. Genau wie tschechische Mitarbeiter von Firmen, als die Landesgrenzen geschlossen waren.

Mit Optimismus schaut die Chefin der Ferienparkanlage in die Zukunft. So gibt es bereits jetzt Buchungen für den Sommerurlaub. Sicherlich wird im Jahr 2021 aufgrund der aktuellen Lage hauptsächlich Urlaub im Inland gemacht, auch unsere Region profitiert davon.

Auch deshalb wünscht sich Frau Scheibe, dass wir positiver und selbstbewusster auf unsere Region schauen.

Jens Hentschel-Thöricht

## Bericht aus dem Kreisvorstand:



Der Kreisvorstand auf dem letzten Kreisparteitag im November 2019

Die Vorstandssitzungen sind durch die Vorbereitungen des Wahlkampfes zur Bundestagswahl geprägt. Mit dem Beschluss der Kreiswahlstrategie können wir nun die konkreten Schritte gehen, um die Wahl erfolgreich von links zu gestalten. Die Plakatierungsgenehmigungen wurden in allen Gemeinden angefragt, dafür danken wir besonders Heike Krahl für ihren Einsatz.

Zudem schauen wir auch auf Niesky und Löbau. Dort werden dieses Jahr Oberbürgermeister\*innenwahlen stattfinden. Wir sind dabei im Gespräch mit Kandidierenden, die wir unterstützen können.

Für den Frauentag haben wir eine Anzeige im Wochenkurier geschaltet, damit wir auch ohne Frauentagsfeiern Präsenz zeigen können.

Unsere Finanzen konnten wir im letzten Jahr stabilisieren. Wir sind daher in der Lage den Bundestagswahlkampf abzuschließen und für die kommenden Wahlen Rücklagen zu bilden.

Wir unterstützen als Kreisvorstand auch die Aktionen gegen das erneute US und NATO Truppenmanöver Defender 2021 sowie die Aktion Seebrücke am 24. April 2021.

Am 12. April werden wir um 19 Uhr online ein Aktionstreffen zur Vorbereitung des Wahlkampfes durchführen. Dazu werden wir euch per E-Mail einladen. Wer daran Interesse hat, kann sich gern an mich unter [kgf@dielinke-goerlitz.de](mailto:kgf@dielinke-goerlitz.de) oder 03576 216 28 93 wenden.

Marko Schmidt



## Aktueller Bericht Finanzen



Foto: Hanni Stiller, privat

Liebe Genossen,  
Ich werde versuchen euch in Zukunft via LdN über die aktuelle Finanzsituation des Kreises auf dem Laufenden zu halten. Aktuell stehen wir auf stabilen Füßen und sind aus dem alten Jahr mit einem Plus von 20.000,00 € rausgegangen, der Jahresabschluss ist im Moment aber noch nicht von Dresden offiziell ausgewertet. Jedoch stellt uns die Bundstagswahl nach wie vor finanzielle Schwierigkeiten, so sind z.B. kreisweite Verteilungen von Materialien in unserem Kreis ein sehr teurer Spaß.

Nichtsdestotrotz sehe ich sehr positiv auf das Jahr 2021. Wir haben mit allen Ortsverbänden Mittel und Wege gefunden die geplanten Kürzungen zur Zufriedenheit aller umzusetzen, werden jedoch auch dieses Jahr beginnen müssen unsere Finanzstrukturen langfristig zukunftsorientiert zu organisieren. Sobald die Corona Situation dies zulässt freue ich mich auf gemeinsame Diskussionen hierüber in den OV's. Da zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses der LdN gerade mal 2,5 Monate in diesem Jahr vergangen sind, bleibt es in dieser Ausgabe erstmal nur bei diesem kleinen Beitrag. P.S: Solltet ihr noch keine Spendenbescheinigungen erhalten haben: die kommen Mitte/Ende April  
Bleibt gesund!

Hanni, Kreisschatzmeisterin

## Übers Geld und zur „Links der Neiße“

Die Dezember-2020-Ausgabe von „Links der Neiße“ ist für mich Anlass, mich mal wieder zu Wort zu melden.

Es sind insbesondere zwei Themen, die mich bewegen. Zuerst ist dies, was unsere Schatzmeisterin zur Finanzsituation des Kreisverbandes und über ihre Vorstellungen zur zukünftigen Mittelverwendung schreibt. Etwas entsetzt hat mich die Information über die Höhe der überplanmäßigen Ausgaben im Jahr 2019. Auch wenn es gute Gründe für die entsprechenden Entscheidungen gegeben haben mag: Man braucht keinen Plan machen, wenn dann Abweichungen in dieser Größenordnung zugelassen werden!

Zustimmen muss ich Genossin Stiller hinsichtlich der von ihr angesprochenen Höhe „parteiinterner“ Ausgaben. Ich habe als Definition für „Partei“ im Kopf (meine Suche im Internet nach der Quelle war leider erfolglos), dass diese ein Zusammenschluss von gleichgesinnten Menschen zur Verwirklichung gemeinsamer politischer Ziele ist. Daraus ergibt sich für mich, dass die Tätigkeit einer Partei „nach außen“ gerichtet sein soll. Das heißt, wir sind keine Selbsthilfegruppe und auch kein Verein, in dem man sich immer wieder gegenseitig versichert, der gleichen Meinung zu sein, sondern unsere Aufgabe ist das Werben und Wirken für unsere politischen Ziele und die Gewinnung von Unterstützern und letztlich von Wählern. Das muss dann natürlich das Haupteinsatzgebiet der verfügbaren Finanzmittel sein. Nur was danach übrig bleibt, kann für die von Genossin Stiller genannten Ehrungen verdienstvoller Mitglieder, für Geburtstagspräsente und für Veranstaltungen innerhalb der Ortsverbände oder BOs ausgegeben werden. Ich vermute, dass der Spielraum dafür zunehmend kleiner wird, denn zumindest in unserer doch eher ländlichen Region ist das Sinken der Mitgliederzahlen und damit des Beitragsaufkommens nicht zu übersehen. Was die Spitzenstellung (lustige Formulierung: ... an der Spitze im landesweiten Durchschnitt ...) unseres Kreisverbandes bei den Fahrtkosten angeht, wäre es interessant zu erfahren,

ob sich das nur mit der peripheren Lage des Kreises Görlitz innerhalb Sachsens erklären lässt.

Und vielleicht sollte auch über die Benennung von Ausgabepositionen und/oder die Zuordnung von Kosten nachgedacht werden: „Links der Neiße“ unter „Öffentlichkeitsarbeit“ – wieviel Exemplare landeten tatsächlich in der „Öffentlichkeit“, also nicht bei Mitgliedern und Sympathisanten? Damit bin ich auch schon beim nächsten Thema. Ich gehöre nicht zu den Menschen, die ohne ständige Verbindung zu den digitalen Medien nicht mehr lebensfähig sind. Das Smartphone habe ich dann dabei, wenn es nützlich ist oder werden könnte. Meist ist es ausreichend, wenn ich nach Rückkehr nachhause mich an den PC setzen und dort Nachrichten abrufen oder nach Informationen suchen kann. Ich schätze die Möglichkeit, die gedruckte Tageszeitung an einen beliebigen Ort mitnehmen und sie dort lesen zu können. Es hat was, richtiges Papier anzufassen und umzublättern. Das gilt gleichermaßen für „Links der Neiße“. Ich kann diejenigen gut verstehen, die LdN als ZEITUNG erhalten wollen. Andererseits gehöre ich zu denen, die beim Studium und später im Berufsleben Kontakt zu den ersten Computern hatten (ich habe noch gelernt, wie man die Dinger ohne Maus bedient), mit ihnen und später mit dem Internet „groß“ geworden sind und die damit verbundenen Möglichkeiten nicht mehr missen möchten und gern nutzen. Mir ist klar, dass an den digitalen Medien kein Weg mehr vorbeiführt. Sie bieten mehr Möglichkeiten, sind wohl auch mit geringerem finanziellem Aufwand zu haben (?) und man erreicht mehr Menschen – nur eben nicht jedes Mitglied. Die vorgesehene zweimonatliche Erscheinungsweise ist deshalb aus meiner Sicht ein notwendiger Kompromiss. Allerdings werde ich den Eindruck nicht los, dass bei dieser Entscheidung nicht funktioniert hat, was wir sonst so gern und bei jeder sich bietenden Gelegenheit von anderen fordern, nämlich die Beteiligten/Betroffenen (und hier die langjährigen „Macher“) „mitzunehmen“.

Wilfried Bartholomäus, Bad Muskau

## BO Oberland gedenkt der Befreiung des KZ Auschwitz



Bild & Artikel: Uwe Radeck

Trotz der angespannten Coronalage ließ es sich unsere Basisorganisation nicht nehmen, am 27. Januar der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz zu gedenken.

Bedingt durch die gegenwärtigen Einschränkungen nahm zwar nur ein Vertreter unserer Basisorganisation an der kleinen Gedenkveranstaltung der Bürgermeisterin in Ebersbach – Neugersdorf teil, aber wir zeigten als Linke Präsenz.

Nach der Ansprache der Bürgermeisterin Frau Hergenröder legte ich, in guter Tradition unserer BO, ein Blumengebinde mit roten Nelken am Gedenkstein im Ortsteil Ebersbach nieder. Auch am Gedenkstein für die Opfer des Faschismus im Ortsteil Neugersdorf habe ich ein Gebinde im Auftrag unserer Genossinnen und Genossen niedergelegt.



### Bedarf vor Profit

Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen müssen gemeinwohlorientiert geführt werden.

## Görlitz: Linksfraktion fordert den Kauf des Alten Schlachthofs und Unterstützung für das NOSTROMO

Aus der Sächsischen Zeitung erfuhr die Linksfraktion von der Kündigung der Clubräumlichkeiten durch den Eigentümer des Schlachthof-Geländes.

Die Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Görlitz möchte, dass die Stadt Görlitz das Gelände vom Schlachthof kauft und mit dem Schall & Rauch e. V. einen langfristigen Mietvertrag abschließt, um das Nostromo als Ort der vielfältigen sozio-kulturellen Clubkultur zu erhalten. Deshalb arbeitet die Fraktion derzeit an einem Antrag, mit dem der Oberbürgermeister beauftragt wird, einen Kauf des gesamten Geländes zu prüfen.

Jana Lübeck, Kulturmanagerin und Fraktionsvorsitzenden dazu: „Verantwortlich für die Kündigung ist aus unserer Sicht der übereilte und nicht verantwortungsbewusste Vorschlag von Bürgermeister Wieler, das Gelände für ein Katastrophenschutzzentrum zu nutzen. Dieser Vorschlag, der ja noch nicht einmal mit dem Landkreis vorabgestimmt war, hat ganz klar Begehrlichkeiten beim Eigentümer geschaffen und damit verbunden auch die Hoffnung auf einen möglichst hohen Verkaufspreis angefeuert. Die Kündigung für den „Schall & Rauch e. V.“ ist nun die Folge daraus und nun muss

Görlitz möglichst schnell handeln und sicherstellen, dass dieser ehrenamtlich aufgebaute Ort der Klubkultur unbedingt erhalten bleibt. Dafür schlagen wir vor, das Gelände des Schlachthofes zu kaufen, das Nostromo über einen langfristigen Mietvertrag abzusichern und das Gelände ergebnisoffen zu entwickeln.“

Mirko Schultze, Stadtrat und Sprecher für Kommunalfinzen der Linksfraktion im sächsischen Landtag dazu: „Gerade jetzt müssen wir handeln und aus unserer Sicht ist die beste Chance, dass das Nostromo auch noch die nächsten Jahre als Club in Görlitz erhalten bleiben kann, ist es, das gesamte Gelände zu kaufen und dem „Schall & Rauch e. V.“ den Bereich des Nostromos langfristig zu vermieten. Wir wollen, dass die Stadt dies prüft und dafür auch überlegt, Investitionskredite aufzunehmen. Bei der aktuellen Situation am Finanzmarkt können diese zu niedrigen Zinsen aufgenommen werden und können zur Entwicklung des Geländes genutzt werden. Dies wäre eine sinnvolle Investition für die Zukunft und neben dem Erhalt des Nostromos besteht dadurch auch die Chance, die Fläche weiterzuentwickeln.“

Pressemitteilung der Stadtratsfraktion Görlitz

## Tätigkeiten aus dem OV Weißwasser

Für den Frauentag haben wir statt der sonstigen Veranstaltung die Glückwunschkarte an die Frauen des OV versendet.

Für die Kreiswahlversammlung wird der OV die Mandatsprüfungskommission und die Wahlkommission mit absichern

Für viele Bürger ist es während der Pandemie schwer, über die Runden zu kommen. Noch schwerer trifft es kleine Unternehmen und Künstler. Da war es gut zu hören, dass die Bundesregierung

ein Corona Konjunkturpaket geschaffen hat.

Was dagegen völlig unverständlich ist, dass daraus etliche Milliarden an die Rüstung und Bundeswehr gehen. (Siehe Artikel Seite...)

Deshalb wird der OV Weißwasser am 26.03. 2021 um 16:30 Uhr an der Bautzener Straße Ecke Görlitzer Straße gegen Rüstung für Frieden demonstrieren. Natürlich mit Einhaltung der Corona-Hygiene-Regeln.

Ortsverband Weißwasser

**Die Arbeiter haben kein Vaterland.  
Man kann Ihnen nicht nehmen,  
was sie nicht haben.**

Karl Marx (1818-1883)  
Quelle: Marx/Engels, Manifest der kommunistischen Partei, 1848.  
II. Proletarier und Kommunisten

## Zittau: Bericht aus dem Stadtrat

**Verkürzt im Zeichen der Pandemie – Beschlüsse zur Beteiligung an Programmen der Städtebauförderung – Betrauung der Zittauer Stadtentwicklungsgesellschaft mit der Verkehrsplanung – Beitritt als Stadt zur Beschwerde wegen der Grube Turow.**

### **Beschlüsse zur Beteiligung an Programmen der Städtebauförderung**

„Der im Jahr 1991 begonnene Städteerneuerungsprozess, welcher in den Jahren 2014 bis 2020 durch verschiedene Bund-Länder-Programme unterstützt wurde, wird in ein neues Programm überführt. Mit den Beschlüssen hat die Stadt Zittau ihre Bereitschaft signalisiert, sich an diesen zu beteiligen. Konkrete Einzelmaßnahmen werden im Stadtrat beschlossen.“

### **Betauung der Zittauer Stadtentwicklungsgesellschaft mit der Verkehrsplanung**

Dazu erklärte Jens Hentschel-Thöricht, Vorsitzender der Linksfraktion im Stadtrat, die Ablehnung wie folgt:

„Bei der kommunalen Verkehrsentwicklungsplanung werden Entscheidungen getroffen, die das Verkehrsgeschehen einer Kommune maßgeblich beeinflussen. Sie bestimmt, wie viel Fläche für den Pkw- und Lkw-Verkehr sowie für Parkplätze zur Verfügung steht. Sie legt fest, wie viel Raum Rad- und Fußverkehr haben. Der Verkehrsentwicklungsplan kann auch festlegen, wie viel Geld in den Ausbau der Infrastruktur für die einzelnen Verkehrsarten investiert wird oder welche Form des öffentlichen Nahverkehrs angeboten wird. Oberstes Ziel ist die Erreichbarkeit aller Punkte innerhalb einer Kommune und eine gute Verknüpfung mit dem Regional- und Fernverkehr. Aus vorgenannten Gründen dürfte es

unstrittig sein, dass unsere Stadt Zittau eine Verkehrsplanerin / Verkehrsplaner braucht. Nun stellte sich jedoch die Frage, ob die ZSG mit dieser hoheitlichen Aufgabe betraut werden soll oder diese nicht eher in der Stadtverwaltung angesiedelt werden sollte.

Die Verkehrsplanung übt eine hoheitliche Aufgabe aus, sie arbeitet nicht gewinnorientiert. Sie soll auch unabhängig von Wirtschafts- oder anderen Interessen arbeiten. Die Übernahme von Aufgaben durch die öffentliche Hand ist eine wichtige Voraussetzung für öffentliche Kontrolle und demokratische Entscheidungen. Bei einer Betrauung der ZSG mit dieser Aufgabe, schwindet nach Ansicht der Linksfraktion der direkte Einfluss auf die Verkehrsplanung aber auch die konkreten Arbeitsbedingungen. Es wird kommunaler Gestaltungsspielraum abgegeben.

Diese geplante Abgabe des direkten Gestaltungsspielraumes verringert den Einfluss und die Steuerungsmöglichkeiten für Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker auf die örtlichen Gegebenheiten. Elementare Daseinsvorsorge wie Gesundheitsdienste, Wohnen, Bildung, Kultur, Energie, Wasser, ÖPNV, Fernverkehr und eben auch Verkehrsplanung gehören nach Meinung der Partei DIE LINKE in öffentliche Hand.

Aus diesen Gründen lehnt die Linksfraktion im Stadtrat die Betrauung der ZSG mit der Leistung der Verkehrsplanung ab und beantragt stattdessen die Verkehrsplanung in der Stadtverwaltung anzusiedeln.“

### **Beitritt als Stadt zur Beschwerde wegen der Grube Turow**

Einstimmig hat Zittaus Rat den Weg für eine EU-Beschwerde gegen den weiteren Kohleabbau in Turow geebnet.

*Pressemitteilung der Stadtratsfraktion Zittau*

## Der neue Regionalmitarbeiter unserer MdBs

Hallo liebe Genoss\*innen und Sympathisant\*innen, ich bin Sebastian Schwalbe, die meisten kennen mich bereits als Mitglied des aktuellen Kreisvorstandes und stellvertretenden Kreisvorsitzenden. Seit Anfang des Jahres habe ich das Glück mein politisches Engagement auf meine berufliche Tätigkeit auszuweiten. Ich bin zwar beruflich nicht für die Partei tätig aber für die sächsischen Abgeordneten im Bundestag unserer Partei und damit nah dran an unseren Themen. Als ehemaliges Dresdner Plattenbaukind liegen mir die Themen soziale Gerechtigkeit und Teilhabe besonders am Herzen. Zu meiner neuen Hauptaufgabe gehört es die Bundestagsabgeordneten bei ihrer Arbeit in und für die Region zu unterstützen. Am bekanntesten sind sicherlich die Touren und Veranstaltungen meiner Kolleg\*innen, wie die Rententopf- oder Pflegebettentour. Sowas wird es auch in Zukunft geben. So planen wir als Landesgruppe gerade eine gemeinsame Aktion mit der AG27 und unserer sächsischen Landtagsfraktion. So viel kann ich schon verraten, es wird im 2. Quartal 2021 eine Gerechtigkeitstour geben.

Auch im Büro in Zittau konnte ich bereits meine Arbeit aufnehmen und habe alle wichtigen Informationen von meinem Vorgänger Jens Hentschel-Thöricht bekommen. Mit den Genoss\*innen vor Ort konnten wir ein Schaufenster zum Pflegenotstand gestalten. Meinen besonderen Dank möchte an dieser Stelle kurz an Tuomo – auch bekannt Yoko – aussprechen, ohne seine tatkräftige Unterstützung wäre dies nicht so gut geworden. Danke auch an die Genoss\*innen vor Ort für den Freiraum bei der Umsetzung und das entgegengebrachte Vertrauen.

Wenn nicht gerade Pandemie und „Lockdown“ sind, also das öffentliche Leben wieder im vollen Gange ist, bin ich immer Mittwochs im Zittauer Büro anzutreffen. An allen anderen Tagen bin ich nach Bedarf mobil in der Oberlausitz unterwegs oder zur Zeit in Heimarbeit. Ihr erreicht mich am besten unter [Sebastian.schwalbe@dielinke-goerlitz.de](mailto:Sebastian.schwalbe@dielinke-goerlitz.de)

*Sebastian Schwalbe*







## Buchvorstellung: Luxus für alle!

**Kristin Ross: „Luxus für alle - Die politische Gedankenwelt der Pariser Kommune“**

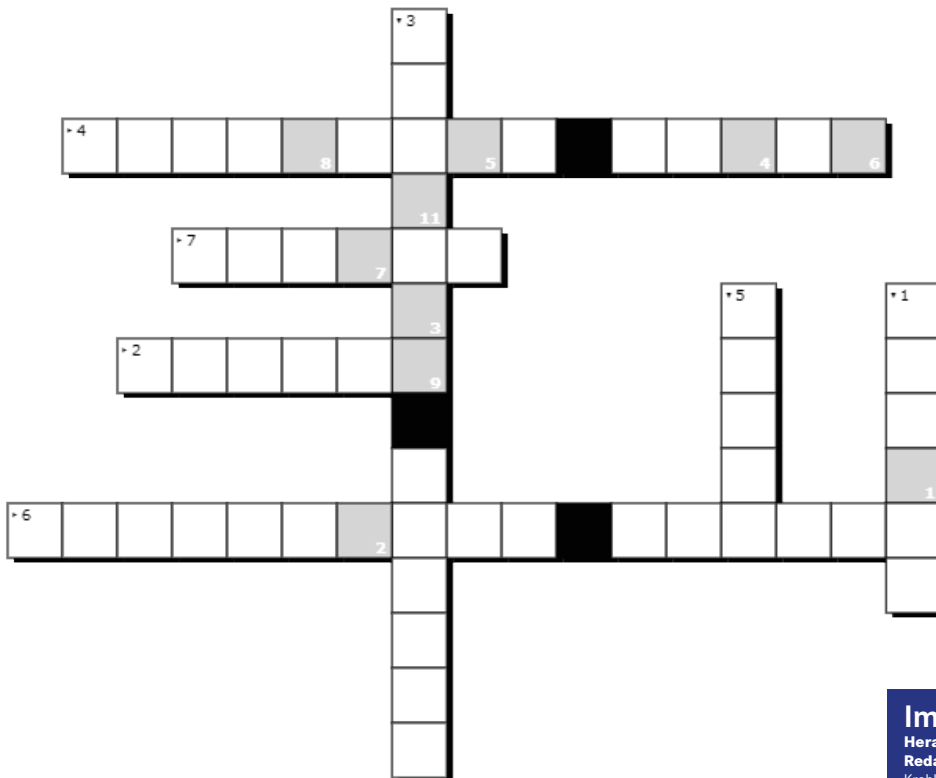
**Ein Experiment, wie es die Welt noch nicht gesehen hat: eine Gesellschaft, errichtet von sich befreienden Arbeitenden.**

72 Tage trotzten die Aufständischen der Pariser Kommune nach dem Abzug der preußischen Truppen, die die Stadt im Winter 1870/71 eingekesselt hatten, der nationalen Restauration. Die Pariser Geschehnisse vom 18. März bis zum 28. Mai, die sich 2021 zum 150. Mal jähren, sind seitdem oft erzählt worden. In ihrem bahnbrechenden Essay Luxus für alle löst Kristin Ross sie aus ihrer ereignis- oder sozialgeschichtlichen Beschreibung und geht dem Unabgeholten des Pariser Aufstandes nach: dem

Vorstellungshorizont seiner Akteure und Akteurinnen und damit auch all jenem, das in der kurzen Dauer des Bestehens der Kommune keine Möglichkeit auf Verwirklichung bekam. Indem Ross den Blick weg von Revolte und blutiger Niederlage hin zur Reform des Bildungswesens, den Plänen zur Umgestaltung von Kunst und Handwerk und der Neuerfindung der politischen Willensbildung in Klubs und Volksversammlungen lenkt, wird die erstaunliche Modernität der Gedankenwelt der Kommunarden sichtbar: die Idee einer Weltrepublik, das Bemühen, die hierarchische Trennung von Kopf- und Handarbeit ebenso zu überwinden wie die Unterdrückung der Frau und nicht zuletzt die Vorstellung eines luxe communal als eines Luxus für alle.

Erschienen: 2021, Preis: 20,00 Euro

Winfried Bruns



- (1) In welchem Bundesland ist Janine Wissler Fraktionsvorsitzende der Landtagsfraktion?
- (2) In welcher Stadt wurde 2011 das Parteiprogramm der Linken beschlossen?
- (3) Von welchem Dichter stammt die Präambel des Parteiprogrammes der Linken?
- (4) Spanische Schwesterpartei der Linken.
- (5) Bekannter LKW, der in Zittau produziert wurde.
- (6) Die politische Stiftung der Europäischen Linken.
- (7) Kurdisches Neujahrsfest.

**Lösungswort der letzten LdN:**  
Wahlkampf



UNTERSTÜTZT UNSEREN AUFRUF!

500 Euro mehr Grundgehalt in der Pflege!

**Danke heißt: Mehr Gehalt!**



**Klimaneutral**  
Druckprodukt  
ClimatePartner.com/12518-1907-1001



**Impressum:**  
**Herausgeber:** DIE LINKE. Kreisvorstand Görlitz  
**Redaktion:** Mathias Fröck (V.i.S.d.P.), Sabine Kunze, Heike Krahl, Sebastian Schwalbe  
 Bitte alle Beiträge an:  
**linksderneisse@linksmail.de**  
**Satz & Druck:** Moving Fuchs Agentur  
**Auflage:** 500 Stück  
**Redaktionsschluss:** 10.5.21  
**Erscheinungsdatum:** 1.6.21  
 Der Redaktion bleiben sinnwahrende Kürzungen von Artikeln und Leserbriefen vorbehalten. Wer Rechtsschreibfehler findet, darf sie behalten.  
**Spendenempfehlung: 1,50€**  
 Unser Spendenkonto ist:  
 DIE LINKE. Görlitz  
 Volksbank Löbau Zittau  
**IBAN: DE19 8559 0100 4500 3570 08**